

Inflation und Tarifpolitik in Zeiten des Krieges

Die Inflation in Deutschland hat im Jahr 2022 Werte erreicht, wie sie die Bundesrepublik noch nicht erlebt hatte. Nach Preissteigerungen von jahresdurchschnittlich 7,9 Prozent in 2022 und einem Höhepunkt von 10,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat im Oktober sind in den Jahren 2023 und 2024 allmählich sinkende Inflationsraten zu erwarten. Die Prognosen der Bundesregierung und diverser Institute lauten auf jahresdurchschnittliche Preissteigerungen von etwa sechs Prozent 2023 und drei Prozent 2024 – wenn nichts Unvorhergesehenes passiert.

Dabei sind die Haushalte unterschiedlich stark von den Preissteigerungen betroffen. Das IMK in der Hans-Böckler-Stiftung ermittelt in seinem monatlich erscheinenden Inflationsmonitor¹ die spezifischen Inflationsraten für verschiedene Haushaltstypen. Für Alleinlebende mit relativ hohem Einkommen verteuerte sich ihre Lebenshaltung um etwa sechseinhalb Prozent, für Familien mit mehreren Kindern und geringem Einkommen dagegen um knapp neun Prozent. Der Grund dafür ist, dass zwei Drittel der Preissteigerungen auf höhere Kosten für Haushaltsenergie, Nahrungsmittel und Kraftstoffe zurückgehen. Diese Güter des Grundbedarfs machen bei Haushalten mit niedrigerem Einkommen und Familien einen besonders hohen Anteil an den Lebenshaltungskosten aus. Im Einzelnen ist die Betroffenheit von der Teuerung daher noch

erheblich höher, etwa bei Haushalten in schlecht gedämmten Wohnungen mit hohen Heizkosten oder bei Pendlern oder Haushalten in ländlichen Gemeinden, die weite Strecken mit dem Auto zurücklegen müssen.

Die Ursachen der Preissteigerungen liegen vor allem in den höheren Preisen für importierte Energieträger, Nahrungsmittel und andere Rohstoffe, die sich dann stufenweise auch auf die Preise weiterverarbeiteter Produkte übertragen. Die Preissteigerungen setzten schon 2021 mit dem Wiederaufschwung des Welthandels und Engpässen nach dem Auslaufen pandemiebedingter Einschränkungen ein. Sie beschleunigten sich dann insbesondere in Europa enorm mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und den anschließenden massiven Wirtschaftssanktionen der USA und der EU. Auf dieser Basis führte Spekulation auf den entsprechenden Terminmärkten zu extremen Preissprüngen, am heftigsten bei Erdgas in Europa, wo sich die Preise gegenüber 2021 phasenweise verzehnfachten. Mittlerweile sind die Preise wieder gesunken, aber durch den Wegfall preisgünstigen Pipelinegases aus Russland werden die Gaspreise hierzulande dauerhaft doppelt so teuer sein wie bis 2021. Auch elektrischer Strom wird dauerhaft deutlich teurer sein als bisher.

Dabei haben die EU-Länder den Weltmarkt für Flüssiggas leergekauft und insbesondere arme Länder in Süd- und Südostasien sowie Afrika in massive Versorgungskrisen gestürzt.²

¹ https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008517.

² Vgl. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9120> und die interessante Auswertung einer kleinen Anfrage zur Gasversorgungslage an die Bundesregierung: <https://christian-leye.de/2023/01/26/energiepo>

Auch Nahrungsmittel- und Düngemittelimporte aus der Ukraine, Russland und Belarus wurden durch den Krieg in der Ukraine und den westlichen Wirtschaftskrieg stark eingeschränkt und verteuert. Es entspricht auch ihren unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen, dass die Länder des globalen Südens sich fast ausnahmslos nicht an der westlichen Sanktionspolitik beteiligen. Ohne diese Sanktionen wäre der Rest der Welt vom Krieg Russlands gegen die Ukraine wirtschaftlich kaum mehr betroffen, als er es von den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien, im Nahen Osten oder in Afghanistan war. Oxfam weist darauf hin, dass sich in den letzten Jahren zum ersten Mal seit 25 Jahren nicht nur Ungleichheit und extremer Reichtum weltweit vergrößert haben, sondern auch extreme Armut wieder zugenommen hat.³

Auch in Deutschland haben zunächst die Pandemie und dann die Inflation sowie die zunehmende Knappheit an bezahlbaren Wohnungen in den Städten die sozialen Spaltungen und Probleme vergrößert. Besonders Mütter fühlen sich finanziell und insgesamt zunehmend belastet.⁴ Die Realeinkommen der Lohnabhängigen konnten 2020 und 2021 auch durch den Einsatz von Kurzarbeit zur Vermeidung steigender Arbeitslosigkeit gesichert werden. 2022 kam es infolge der starken Preissteigerungen dann aber zu heftigen Reallohneinbußen von durch-

schnittlich dreieinhalb Prozent. Die Tariflöhne lagen preisbereinigt sogar fast fünf Prozent niedriger als noch 2021. Dies resultiert daher, dass die in 2022 geltenden Tarifverträge überwiegend in den Vorjahren in Pandemiezeiten und bei niedrigen Inflationsraten und -erwartungen abgeschlossen worden waren.

In den Tarifrunden der letzten Zeit und den kommenden steht daher das Ziel der Reallohnsicherung, also des Ausgleichs der Inflation durch entsprechende tarifliche Entgeltsteigerungen, im Mittelpunkt. Steigerungen der Arbeitsproduktivität, die in höhere Real-löhne umzusetzen wären, sind in 2023 aufgrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung ohnehin nicht zu erwarten. Aber auch die Reallohnsicherung wird kaum zu erreichen sein, und sicher werden die bereits eingetretenen Verluste nicht ausgeglichen werden können. Die Gewerkschaften haben daher im Jahr 2022 Druck gemacht, dass Entlastungsmaßnahmen des Staates die Kaufkraftverluste mindern. Dabei ist auch einiges erreicht worden, was aber nur eine Milderung der Verluste bedeutet.⁵ Der Ausgleich der kalten Progression und die Erhöhung des Kindergeldes durch das „Inflationsausgleichsgesetz“ sowie der höhere Regelsatz der Grundsicherung sind zudem nicht als besondere „Entlastungsmaßnahmen“ zu betrachten, sondern überwiegend „normaler“ Ausgleich der Inflation.

Die wichtigsten Entlastungsmaßnahmen mit Wirkung im Jahr 2023 sind

litik-der-bundesregierung-ist-wie-topfschlagen-beim-kindergeburtstag/.

³ Vgl. <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/oxfams-bericht-sozialer-ungleichheit-umsteuern-soziale-gerechtigkeit>.

⁴ Vgl. https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2023_01_25.pdf.

⁵ Vgl. eine Übersicht der Maßnahmen im IMK-Report Nr. 179, Januar 2023, S. 14: <https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008508>.

die Gas- und die Strompreibremse. Dadurch wird bis April 2024 ein Grundbedarf an Strom und Gas subventioniert auf einen Preis, der knapp doppelt so hoch wie der in 2021 liegt. Dadurch werden sich für viele Haushalte die Gas- und Strompreise „nur“ verdoppeln statt sich zu verdreifachen oder zu vervierfachen. Zu beachten ist, dass sich die Gas- und die Strompreibremse in einer Senkung der Inflationsrate auswirken und auch bei den Prognosen für 2023 und 2024 schon einkalkuliert sind. Sie können also nicht, wie es die Arbeitgeber teilweise tun, als eine Maßnahme betrachtet werden, durch die sich ein Teil der mit Blick auf diese Inflationsraten geforderten Lohnsteigerungen erledigen würde.

Die Befreiung von „Inflationsprämien“ von bis zu 3.000 Euro pro Person von Steuern und Sozialbeiträgen ist eine weitere wichtige Entlastungsmaßnahme. Sie führt allerdings zu erheblichen Einnahmeverlusten der Sozialversicherung und ist daher durchaus zwiespältig zu bewerten. In den Tarifabschlüssen für die Chemie- und für die Metallindustrie im Herbst 2022 wurden diese Prämien genutzt, um die Nettorealeinkommen 2023 und 2024 zu stabilisieren. Aber auch einschließlich dieser Zahlungen liegen die Entgelte dann preisbereinigt deutlich unter denen von 2019. Die „Inflationsprämien“ sind zudem – ebenso wie die in den letzten Jahren vereinbarten Coronaprämien und sonstigen Einmalzahlungen – nicht tabellenwirksam, das heißt sie erhöhen nicht die Ausgangsbasis für künftige Tarifierhöhungen. Diese fallen dann effektiv, wenn man ehrlich bezogen auf das gesamte Jahresentgelt rechnet, niedriger aus als die beim nächsten

Mal vereinbarte Erhöhung. Und so wie die Zahlung der abgabenfreien Prämie dazu führt, dass sich die Nettoentwicklung etwas besser darstellt als Brutto, ist es dann in dem Folgejahr ohne Prämie umgekehrt. Die Abgabenbefreiung dieser Prämienzahlungen ist also durchaus ein vergiftetes Geschenk. Ihr Zweck seitens der Bundesregierung war, höhere tabellenwirksame Lohnsteigerungen zu vermeiden, und das wird auch erreicht.

Ziel der Regierung im Bündnis mit den Kapitalverbänden ist die Verhinderung einer angeblich drohenden „Lohn-Preis-Spirale“. Dass die bisherige Inflation damit nichts zu tun hat, kann angesichts der Faktenlage niemand ernsthaft bezweifeln. Aber klar ist, dass höhere Löhne, auch wenn sie nur die Reaktion auf höhere Preise sind, die Kosten der Unternehmen erhöhen und dass diese versuchen, die höheren Kosten wiederum in höhere Preise zu überwälzen. Höhere Lohnzuwächse könnten daher den absehbaren Rückgang der Preissteigerungsraten, weil die Energie- und Rohstoffpreise nicht weiter steigen, etwas abschwächen bzw. verzögern. Es bleibt aber dabei, dass es die Unternehmen sind, die die Preise festsetzen und dabei großen Wert darauf legen, eine möglichst hohe Gewinnmarge zu realisieren. Wie weit ihnen das gelingt, hängt von den ökonomischen Bedingungen und den Kräfteverhältnissen in den Lohnauseinandersetzungen ab. Es geht um einen Kampf darum, wer welchen Teil der Lasten der höheren Importpreise letztlich zu tragen hat, Lohnarbeit oder Kapital.

Tatsächlich gibt es Unternehmen und Wirtschaftsbereiche, die Gewinner der aktuellen Krisen sind. Neben der Rüs-

tungsindustrie und den Mineralöl- und Gaskonzernen, die allerdings im Ausland sitzen, sind es Stromproduzenten, Paketdienste, aber nach einer Untersuchung des IFO-Instituts auch Landwirtschaft, Bau und Einzelhandel, die „die allgemeinen Preissteigerungstendenzen auch dazu genutzt zu haben, ihre Gewinne deutlich auszuweiten“.⁶ Dieser Befund kann allerdings nicht verallgemeinert werden. Die meisten Unternehmen, kleine und mittlere, aber auch viele größere, leiden selbst unter den höheren Kosten für Energie, Rohstoffe und Vorleistungen. Gesamtwirtschaftlich sind nach Abzug der Preissteigerungen nicht nur die Löhne, sondern auch Gewinne und Vermögenseinkommen gesunken – nachdem sie 2021 kräftig gestiegen waren.

Die absehbar dauerhaft höheren Energiepreise setzen weltmarktorientierte Unternehmen unter Druck, und die massiven Subventionen durch Bidens „Inflation Reduction Act“ machen Investitionen in den USA zusätzlich attraktiver gegenüber solchen in Deutschland. Das setzt auch die Industriegewerkschaften unter Druck, die sich zunehmend intensiv für verstärkte Subventionen der hiesigen Industrie einsetzen. Es droht ein Subventionswettlauf, von dem vor allem die Konzerne profitieren, und der die Finanzspielräume für sozialstaatliche Ausgaben zusätzlich einengt. Dass die privaten Haushalte dauerhaft mit staatlichen Geldern gegen steigende Energiekosten abgeschirmt werden, ist dagegen nicht zu erwarten. Nach einer hoffentlich baldigen Beendigung des Krieges

in der Ukraine zu Handelsbeziehungen in beiderseitigem Interesse auch mit Russland zurückzukehren könnte die Lage entspannen.

Aktuell setzt die Tarifrunde bei der Post-AG neue Maßstäbe. Hier fordern die Beschäftigten 15 Prozent höhere Entgelte bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Und das ist nicht nur angesichts der Preissteigerungen und der geringen Löhne und hohen Belastung der meisten Postbeschäftigten berechtigt, ein hoher Abschluss ist auch machbar, da die Post-AG als Pandemiegewinner in den letzten Jahren weiterhin enorm hohe Gewinne erzielt. Und der gewerkschaftliche Organisationsgrad und damit die Durchsetzungsfähigkeit sind hoch. Ein guter Abschluss würde auch die größte und wichtigste Tarifrunde dieses Jahres, die im öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes, beflügeln. Hier lautet die Forderung 10,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 500 Euro im Monat – was für große Teile der Beschäftigten deutlich mehr als 10,5 Prozent wären.

Diese Tarifauseinandersetzung wird sehr schwierig, ein Arbeitskampf, der erste Erzwingungsstreik im öffentlichen Dienst seit langer Zeit, ist nicht unwahrscheinlich. In vielen Bereichen ist die Motivation und Kampfbereitschaft der Beschäftigten sehr hoch. Positiv ist anzuführen, dass mit der hohen Inflation auch die Steuereinnahmen des Staates erheblich stärker wachsen als das zuvor prognostiziert worden war. Doch die weiterhin schwierige Finanzlage vieler Kommunen, die über das 100-Milliarden-Euro-„Sondervermögen“ zunehmend hinausgehenden Anforderungen für die Aufrüstung der Bundeswehr, die ideologische Festlegung auf die Einhaltung der Schulden-

⁶ <https://www.ifo.de/publikationen/2022/aufsatz-zeitschrift/gewinninflation-und-inflationsgewinner>.

bremse ab 2023 und die Verweigerung der Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit gegen eine erhöhte Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen lassen harten Widerstand gegen angemessene Entgelterhöhungen erwarten. Gut möglich, dass der Frühling 2023 heißer wird als es der Herbst 2022 gewesen ist.

Ralf Krämer

Neue multipolare Welt und alter Imperialismus

„Die Welt wird ja multipolar werden. Sie wird nicht, wie das immer diskutiert wird, nach dem großen Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion, der den Kalten Krieg geprägt hat, überdriften in eine Welt, die einen großen Konflikt hat zwischen den USA und China. Sondern es wird viele mächtige Nationen geben – auch in Asien – Korea, Japan, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Thailand, Indien. Es wird große erfolgreiche Nationen in Afrika und im Süden Amerikas geben.“ So Olaf Scholz im Deutschlandfunk am 18.9.2022. Die Rede von der multipolaren (oder auch multilateralen) Welt ist in aller Munde. Natürlich gibt es noch Nostalgiker der unipolaren Weltordnung. Eine Wortmeldung aus der deutschen Bundesakademie für Sicherheitspolitik verweist auf die Instabilität multipolarer Ordnungen: „Integrierende Hegemonie, die Einbeziehung vieler Akteure unter der Vorherrschaft einer wohlwollenden Führungsmacht, hat in der Vergangenheit langfristig für sicherheitspolitische Stabilität gesorgt. Der Abstieg eines Hegemon hingegen führt zu Instabilität und Kri-

senanfälligkeit des internationalen Systems – das mögen jene Bedenken, die schon seit langem die Multipolarität als Heilsbringer für Frieden und Gerechtigkeit herbeisehnen.“¹

Das ist ‚atlantische‘ Nostalgie. Der Einfluss der „wohlwollenden Führungsmacht“ schwindet, vielleicht auch deshalb, weil viele „Akteure“ sie nicht als besonders „wohlwollend“ empfinden und ihrerseits inzwischen stark genug sind, um eigene Wege zu gehen. Und ein neuer globaler Hegemon ist nicht in Sicht – ob wohlwollend oder nicht. Der alternative Traum mancher ‚Atlantiker‘ – ‚wenn schon nicht Unipolarität, dann wenigstens Bipolarität (Demokratie vs. Autokratie) – ist nicht weniger unrealistisch als der vom ‚wohlwollenden Hegemon‘. Spätestens als sich fast der gesamte globale Süden 2022 weigerte, Russland zu isolieren, war klar: Aus dieser Blockbildung wird nichts. Der Kanzler ist da realistisch.

Nur: Dass die Welt multipolar sei, ist nicht mehr als eine Zustandsbeschreibung. Daraus wird noch lange keine „Weltordnung“. Heute beobachten wir, dass supranationale Organisationen wie die UN, die G20 oder die WTO an Einfluss verlieren. Auf allen Seiten wird aufgerüstet, selbst mittlere und kleinere Länder glauben, ihre jeweiligen nationalen Ziele mit Waffengewalt durchsetzen zu können. Regionale Mächte verfolgen expansive Ziele, sei es mit wirtschaftlichen, mit diplomatischen oder militärischen Mitteln. Nie war Imperialismus so populär wie heute: Der Mix von politischen und wirt-

¹ Matthias Kennert, Arbeitspapier Sicherheitspolitik Nr. 5/2015.

schaftlichen Interessen verbindet sich auf das Innigste mit krudem Nationalismus, oft in ethnischem Gewand.

Auf wirtschaftlichem Gebiet zeigt sich dieser Trend am deutlichsten – Globalisierung als ständig enger werdende wirtschaftliche Integration scheint an Grenzen zu stoßen. Eine Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) bezeichnet dies als „Goeconomic Fragmentation“ (GEC).² Die Autor/innen unterscheiden seit 1870 fünf Etappen der Globalisierung, der Maßstab ist die Relation zwischen Außenhandel und Nationaleinkommen: Der Periode der Industrialisierung (1870-1914) mit hoher und steigender internationaler Verflechtung folgte die Zwischenkriegszeit (1914-1945), in der der Integrationsgrad scharf zurückging. In der Bretton-Woods-Ära (1945-1980) erholte sich der globale Außenhandel, ohne dass der Verflechtungsgrad der Industrialisierungsperiode wieder erreicht werden konnte. Dies gelang erst in der Periode der Liberalisierung (1980-2008). Gegenwärtig befinden wir uns dem IWF zufolge in der „Slowbalization“ (2008-2021), die Intensität des internationalen Austauschs stagniert bzw. droht sogar zurückzugehen (S. 6/7). Die Zahl der Handelsrestriktionen nimmt zu, vor allem im Hochtechnologiebereich. Dies beschleunigte sich 2018: Zählte der IWF in seinen Jahresberichten über Austauschregeln und -restriktionen vorher selten mehr als 500 Maßnahmen, so waren es 2021 und 2022 schon 2500 jährlich. Betroffen ist vor allem der Warenhandel; aber auch Dienstleistungen und

Kapitalverkehr unterliegen zunehmend nationalen Restriktionen (S. 11). Diese werden vielfach mit „nationaler Sicherheit“ begründet, tatsächlich aber geht es um die Verteidigung nationaler Märkte. Objekte protektionistischer Maßnahmen sind auch nicht nur geopolitisch verfeindete Länder. Wie die aktuelle Auseinandersetzung zwischen den USA und der EU um den „Inflation Reduction Act“ zeigt, der mit staatlicher Hilfe gezielt US-Investitionen in Zukunftsbereichen fördert und Importe diskriminiert, werden auch ‚Freunde‘ nicht verschont. Im Gegenzug wird in der EU über einen „Buy European Act“ diskutiert, die Kommission will mit Hilfe von Subventionen den europäischen Standort gegenüber den USA aufwerten. Ein europäischer „Souveränitätsfonds“ soll dafür sorgen, dass die EU Weltmarktführer ‚grüner‘ Technologien wird.

Gefährlicher noch als Handelskriege erscheint dem IWF die Fragmentierung des internationalen Zahlungssystems. Der Ausschluss russischer Banken vom Abrechnungssystem SWIFT und die Beschlagnahme russischer Devisenreserven könne „andere Länder dazu veranlassen, sich von internationalen finanziellen Infrastrukturen und Standards“ unabhängig zu machen. Im Ergebnis könnte es zu parallelen Zahlungssystemen kommen, die untereinander nicht kompatibel sind (S. 20). Die Stellung des Dollar als globales Zahlungsmittel und Reservewährung ist bedroht, weil Länder, deren Beziehungen zu den USA nicht freundlich sind, sich aus dem Dollar zurückziehen werden. Dies sei deshalb problematisch, weil es keine andere Währung gibt, die eine dominante Rolle spielen könnte – im Ergebnis wächst das Risi-

² Goeconomic Fragmentation and the Future of Multilateralism, Staff Discussion Note 2023/001, Washington D.C., January 2023.

ko von Finanz- und Währungskrisen, das „Global Financial Safety Net“ (GFSN) wird geschwächt, was die Stabilität der globalen Ökonomie bedroht. Ein „multilateraler Konsens“ (22) selbst in Krisensituationen scheint gefährdet. Die Welt steckt in einer gefährlichen „Ordnungslücke“, bilanziert der indische Wissenschaftler und Sicherheitsberater Shivshankar Menon.³

Jörg Goldberg

60 Jahre Kuba-Krise

„Wie wäre es, wenn wir Uncle Sam einen Igel in die Hose stecken?“ soll Nikita Chruschtschow Verteidigungsminister Rodion Malinowski an der bulgarischen Schwarzmeerküste im Mai 1962 gefragt haben. Dieser hatte darauf hingewiesen, dass gegenüber, in der Türkei, seit kurzem 15 Mittelstreckenraketen (IRBM) des Typs Jupiter standen (und weitere 30 in Italien), die Moskau binnen Minuten erreichen konnten.

Der sowjetische Parteichef schlug deshalb vor, aus einigen sowjetischen IRBM durch Verlegung nach Kuba ebenfalls strategische Waffen zu machen, und damit die Karibikinsel zudem vor einer US-Invasion zu schützen. Darüber hinaus wollte man im Streit mit der KP Chinas ein Zeichen setzen. Denn diese kritisierte die KPdSU wegen ihrer Politik der friedlichen Koexistenz und wollte damit der UdSSR Verbündete – darunter auch Kuba – abspenstig machen.

Im Oktober 1962 besaßen die USA 5.000 atomare Sprengköpfe, die

UdSSR nur 300, darunter lediglich 42 auf Langstreckenraketen.

Im Mai 1962 wurde die Verlegung von 60 IRBM vom Typ R-12 und R-14, von taktischen Atomwaffen, Kampfflugzeugen und 42.000 Soldaten nach Kuba beschlossen.

Als die Abschussrampen am 15. Oktober 1962 auf von U-2-Aufklärungsflugzeugen aufgenommenen Fotos entdeckt wurden, verhängten die USA eine Seeblockade, versetzten ihre Atomwaffenträger in höchste Alarmbereitschaft und verlangten unter Androhung eines Angriffs auf Kuba den Abzug der Raketen. Im täglich zusammentretenden Krisenstab, dem sog. ExComm, brachte John F. Kennedy das Problem – unwissend, dass Jupiter-Raketen in Europa standen – auf den Punkt: „Es ist so, als würden wir plötzlich eine größere Zahl IRBM in der Türkei installieren. Das wäre verdammt gefährlich.“

Nachdem es zu einigen militärischen Zwischenfällen gekommen war, die die Gefahr eines Atom-Krieges heraufbeschworen, gab Moskau am 28. Oktober nach – gegen das öffentliche Versprechen der USA, Kuba nie zu überfallen und die geheime Zusage, ihre Raketen „in 4 bis 5 Monaten“ aus Europa abzu ziehen.

In „Le Monde Diplomatique“ untersucht Peter Kornbluh die Leugnung dieses Raketentauschs, der bis Ende der 1980er geheim gehalten werden konnte, um der Öffentlichkeit einen Erfolg der USA vorzugaukeln.¹ Am 29.

¹ Peter Kornbluh: Der heimliche Kuba-Deal, *Le Monde Diplomatique*, deutsche Ausgabe, Januar 2023, S. 22. Der Autor ist Direktor der Chile- und Kuba-Abteilung des National Security Archive in Washington, das Doku-

³ IPG-Journal, 18.8.2022.

Oktober 1962, zwei Tage nachdem Robert Kennedy (im Auftrag seines Bruders und hinter dem Rücken des ExComm) und der sowjetische Botschafter in den USA, Anatoli Dobrynin, den geheimen Teil des Abkommens mündlich vereinbart hatten, lehnte Robert Kennedy nach Rücksprache mit dem Präsidenten eine schriftliche Bestätigung ab. Die USA würden ihre Versprechen auch dann einhalten, wenn sie nur in mündlicher Form abgegeben wurden.

John F. Kennedy erlaubte seinem Freund Charles Bartlett, in einem Artikel Anfang Dezember 1962 die offizielle Sichtweise in die Welt zu setzen, wonach der Abzug der sowjetischen Raketen ein Sieg der USA im Kalten Krieg gewesen sei. Darin wurde Adlai Stevenson, der UN-Botschafter der USA, der auf einsamem Posten im ExComm für eine Verhandlungslösung plädiert hatte, denunziert: „Adlai wollte ein München. Er wollte US-Basen gegen kubanische Basen tauschen“, soll ein „Regierungsbeamter“ gesagt haben. Diesen Satz hatte Kennedy selbst in Bartletts Artikel hineinredigiert.

Auch nach der Ermordung der Kennedys 1963 bzw. 1968 wurden die Vorgänge geheim gehalten. Ebenso hielt Moskau dicht, hatte man doch kein Interesse, den 1964 geschassten Chruschtschow in ein positives Licht zu rücken. Im Westen, wo man vom

Rückzug der US-Raketen nichts wusste, wurde John F. Kennedy unisono für seine angeblich unnachgiebige Haltung gefeiert. Chruschtschow sah das völlig anders. „Ich bin der Meinung, dass wir gewonnen haben“, erklärte er am 30. Oktober gegenüber dem tschechoslowakischen Parteichef Antonín Novotný. Wohl nicht ganz zu Unrecht, denn die Jupiter sollten abgezogen werden und die 1962 mehrfach geprobte Kuba-Invasion unterblieb.

Obwohl Fidel Castro 1992 auf einer internationalen Konferenz erläuterte, dass sie der Raketenstationierung weniger zugestimmt hätten, um das eigene Land zu schützen, als „den sozialistischen Block zu stärken“, überwog das Unverständnis über den Raketenabzug. „Wenn der Grund die Verteidigung Kubas war, was hat die Türkei mit der Verteidigung Kubas zu tun? Absolut nichts.“ Den Imperialismus könne man nicht mit Absprachen oder Verträgen bändigen, wie die Sowjetunion 1941 leidvoll erfahren habe.

Die kubanische Führung, die (wie die türkische auch) vor vollendete Tatsachen gestellt wurde, fühlte sich nicht nur gedemütigt, sondern durch den sowjetischen Abzug bedroht. Aber Herbert Marchant, der britische Botschafter in Kuba, sollte in einem Bericht vom November 1962 den Ausgang der Krise treffender einschätzen: „Es ist besser, gedemütigt, als ausgelöscht zu werden. (...) Eine US-Garantie, nicht einzumarschieren, scheint sicher; ein sowjetisches Versprechen, die Hilfe zu erhöhen, scheint wahrscheinlich (...). Unter diesen Umständen ist es schwer vorherzusehen, welche Kräfte das gegenwärtige Regime stürzen würden.“

mente aller Konfliktparteien zum Kalten Krieg sammelt und Ende 2022 zum 60. Jahrestag seine Erkenntnisse zur Kuba-Krise aktualisiert hat. <https://nsarchive.gwu.edu/sourcebook/cuban-missile-crisis-60>. Die meisten Zitate stammen aus den dort gespeicherten Texten. Lesenswert ist außerdem: Bernd Greiner, Die Kuba-Krise. Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, 2. Auflage, München 2015.

Er sollte Recht behalten. Auch wenn die USA bis heute versuchen, dem Revolutionsregime ein Ende zu bereiten, hat keine Invasion stattgefunden. Dabei ist Kuba – bis zum Ende der Sowjetunion – den USA außenpolitisch oft in die Quere gekommen. Es gab in Lateinamerika kaum eine Guerilla-Bewegung, die nicht auf Kuba zählen konnte. Besonders schmerzhaft für die USA war in den 1970ern und 1980ern die Entsendung zehntausender kubanischer Soldaten zur Verteidigung Angolas gegen Südafrika und Äthiopiens gegen Somalia.

Auch die Zusage, die Jupiter-Raketen aus der Türkei (und aus Italien) abzuziehen, wurde eingehalten. Man versprach der enttäuschten Türkei, sie durch ein U-Boot mit Polaris-Atomraketen im Mittelmeer zu ersetzen.

Aus der Kuba-Krise lassen sich viele Lehren ziehen, etwa die, dass Verhandlungen klüger sind als militärische Drohgebärden, die bei Atommächten schnell an den Rand eines nuklearen Schlagabtauschs führen können, und dass die Wirklichkeit oft wenig mit offiziellen Verlautbarungen übereinstimmt. Und es hat sich gezeigt, dass selbst geheime und mündliche Vereinbarungen einzuhalten sind, will man Vertrauen aufbauen und Konflikte vermeiden.

Nico Biver

Ein Jahr „Zeitenwende“

Die von Kanzler Scholz vor einem Jahr angekündigte neue Epoche hat der Bundeswehr ein gigantisches Aufrüstungsprogramm beschert. Es zeigt sich: die „Zeitenwende“ ist mehr. Sie ist, wie der Ukraine-Krieg selbst, Teil eines Restrukturierungsprogramms des internationalen Systems, das die Führungsrolle der USA auch im 21. Jahrhundert (und möglichst darüber hinaus) sichern soll: Zuvörderst gegenüber dem alten Rivalen Russland als Nachfolger der Sowjetunion, mittel- bis langfristig gegenüber der aufsteigenden Großmacht China. Zugleich reiht sich die „Zeitenwende“ ein in die Politik der NATO und ihrer Vormacht, die einen weltweiten Ordnungsanspruch reklamieren. Dieser Ordnungsanspruch wurde nicht nur von Präsident Trump („*make America great again*“) erhoben, sondern war auf 76 Seiten schon im September 2000 vom *Project for a New American Century* (PNAC) detailliert ausformuliert worden.¹ Hinter diesem Projekt steht die kleine Gruppe von US-Außenpolitikern, die spätestens seit der Präsidentschaft Obamas die Entscheidungsbildung der US-Außenpolitik dominieren. Liest man die Liste der Unterzeichner, so ist hier zugleich die Führung des sog. militärisch-industriellen Komplexes der USA versammelt.

Das zentrale Argument des PNAC ist, dass die Vereinigten Staaten, um ihrer Weltmachtrolle gerecht zu werden, wieder zur unschlagbaren militärischen Führungsmacht werden müssen.

¹ https://resistir.info/livros/rebuilding_americas_defenses.pdf [24-01-23].

Dafür müssen in Zukunft jährlich etwa 3,5 bis 3,8 Prozent des BIP ausgegeben werden. Mit dem von Präsident Biden vorgeschlagenen Rüstungshaushalt für das Jahr 2023 von 773 Mrd. US-Dollar² liegt der nächste Rüstungshaushalt knapp unter 4 Prozent des BIP – also voll auf der Linie, die das PNAC im Jahr 2000 vorgegeben hatte. Vorgesehen ist, dass diese Ausgaben bis 2031 um weitere 10 Prozent steigen.

Die „Zeitenwende“ sieht vor, dass Deutschland demonstrativ den Willen zeigt, in Zukunft im internationalen System militärisch zu agieren: Die Ausgaben für die Bundeswehr sollen sich in Zukunft auf 2 Prozent des BIP (und mehr) belaufen, eine einmalige Summe von 100 Mrd. Euro soll als Anschub für diese neue Rolle Deutschlands dienen. Mit diesem Schwenk zum Militär als wichtigem außenpolitischen Instrument geht ein Wandel im Sicherheitsbegriff einher: Nicht mehr das Konzept gegenseitiger Sicherheit, also die Einbeziehung der Sicherheitsbedürfnisse des Anderen, bestimmt politisches und militärisches Handeln, sondern Abschreckung ist das Gebot der Stunde. Allein dieser Paradigmenwechsel ist der Einstieg in einen neuen, gigantischen Rüstungswettlauf.

Doch ist die „Zeitenwende“ (noch?) nicht jener Versuch Deutschlands, als autonomer Player in das in Transformation befindliche multipolare System einzusteigen.³ Vielmehr scheint

sie dem alten bundesdeutschen Grundsatz zu folgen, dass politische und vor allem militärische Aktionen immer nur „im Bündnis“ zu erfolgen haben. Bei seinem Antrittsbesuch in Washington hat Vizekanzler Habeck dies auf den Punkt gebracht, indem er erklärte, dass Deutschland eine „dienende Führungsrolle“ einnehmen werde.⁴

So ist diese „Zeitenwende“ auch die schier bedingungslose Unterwerfung unter die Ziele der NATO-Vormacht USA. Dies impliziert den Verzicht auf die Verfolgung eigener Interessen, wie sie einst von Kanzler Schröder und Präsident Chirac vorangetrieben wurden: Sie visierten die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums Westeuropas mit Russland an.⁵ Dieser Verzicht auf die Verfolgung eigener Interessen⁶ spiegelt sich wie in einem Brennglas in der Debatte um die Entscheidungen über Waffenlieferungen an die Ukraine. Schritt für Schritt wird Deutschland durch die Lieferung immer schwererer (Angriffs-)Waffen in die Kriegführung eingebunden. Gegen den Bellizismus der Grünen gelang es dem Kanzler noch, seine Entscheidung für die Lieferung von Leopard-Panzern von der grundsätzli-

Player, Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Köln 2020.

⁴ „Je stärker Deutschland dient, umso größer ist seine Rolle“, und es sei bereit, „eine dienende Führungsrolle auszuüben“, erklärte Habeck am 1. März 2022 gegenüber seinen US-amerikanischen Gesprächspartnern.

⁵ Detlef Bimboes: Was uns der Wirtschaftskrieg gegen Russland kostet. Vortrag beim Marx-Engels-Zentrum Berlin, 20. Januar 2023.

⁶ Siehe hierzu das kluge Buch von Klaus von Dohnanyi: Nationale Interessen. München 2022.

² <https://www.defense.gov/News/News-Stories/Article/Article/3252968/biden-signs-national-defense-authorization-act-into-law/> [28-01-23]. Vgl. <https://about.bgov.com/defense-budget-breakdown/> [28-01-23].

³ Werner Ruf: Vom Underdog zum Global

chen Zusage der Lieferung von Panzern durch die USA abhängig zu machen – auch wenn die möglicherweise erst im kommenden Jahr erfolgen soll. So vermochte er, die NATO-Vormacht mit in die Verantwortung zu nehmen. Denn: Sollten diese Lieferungen, die Deutschland immer mehr zur Kriegspartei machen, zu einer Eskalation bis zum Einsatz taktischer Atomwaffen seitens Russlands führen, wäre das Tor zu einem Atomkrieg in Europa geöffnet – ohne die USA zu betreffen. Ein solcher – „begrenzter“ – Atomkrieg ohne Einbeziehung der USA könnte auf Europa oder Eurasien beschränkt werden, haben doch die USA den INF-Vertrag („Mittelstrecken-Raketen-Vertrag“) schon 2019 gekündigt. Im Schatten eines so eskalierten Konflikts, der die Präsenz Europas im multipolaren System, ja seine Existenz beenden würde, könnten die USA mit der anderen (erheblich geschwächten) atomaren Supermacht eine Verlängerung des START-Vertrages verhandeln, um einen Atomkrieg zwischen beiden Supermächten zu verhindern.

Jenseits dieser militärischen Dimension ist es den USA gelungen, die Abhängigkeit Europas vom Gas-Import für ihre eigene Wirtschaft zu nutzen. Nach der Sprengung der Pipelines Nord Stream 1 und 2, über die weder in Politik noch in der Presse informiert wird, ist dieser Import auch technisch nicht mehr möglich. Die „Zeitenwende“ nutzt zwar der Aufrüstung, ein Mehr an Souveränität und Sicherheit bringt sie nicht.

Werner Ruf

Es bleibt dabei: Der Frieden muss siegen

Diejenigen, die schon seit Jahrzehnten in der Friedensbewegung aktiv sind, haben persönliche Angriffe, Beschimpfungen und Drohungen für ihr Friedensengagement erleben müssen. Von den „Drückebergern“ gegen die Remilitarisierung, den Anfeindungen in den 50er und 60er Jahren bei den Ostermärschen gegen die atomare Bewaffnung und dem ständigen „Geht doch rüber!“ bis Ende der 80er Jahre könnten wir berichten. Aber seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 wird der Pazifismus so massiv diffamiert wie niemals in den Jahren zuvor.

Eine grenzenlose Militarisierung nach innen und außen setzte ein. Graf von Lambsdorff hat uns zu Ostern als „fünfte Kolonne Wladimir Putins“ bezeichnet. Er – wie viele andere aus CDU, Grünen, FDP und auch der SPD – wollte uns Ostermarschierer zu einem militärischen Siegfrieden gegenüber Russland verpflichten. Von „Lumpenpazifisten“ und „wohlstandsverwöhnten Angsthasen“ war die Rede. Zur mentalen Überwindung der Niederlage des deutschen Faschismus sollten Militär und Krieg wieder zur alten Größe zurückfinden. Das trommeln die Leitmedien – mit wenigen Ausnahmen – seither jeden Tag. Auch die finanzpolitische Anpassung an diesen Politikauftrag mit immer neuen Waffenlieferungen, der Aufstockung des Militärbudgets und einem 100-Milliarden Sonderfonds erfolgte im Tagesrhythmus.

Die erfolgreiche Politik von Entspannung, friedlicher Koexistenz und ge-

meinsamer Sicherheit soll endlich überwunden werden. Die Erinnerung an eine sozial und ökonomisch erfolgreiche Politik soll endgültig entsorgt werden. Der diplomatische und kulturelle Austausch soll durch Boykott und Wirtschaftskrieg beendet werden. Eine Renaissance der deutschen Führungsrolle in der globalen Politik wird wieder angestrebt.

Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen soll Pazifismus überwunden werden. In kirchlichen Kreisen wird wieder der „Gerechte Krieg“ in die Debatte eingeführt. Die Angriffe auf nachdenklichere und besonders auf Friedenspositionen nehmen an Aggressivität zu.

Auch im unmittelbaren Umfeld bisheriger Friedensaktivisten ist eine große Verunsicherung festzustellen. Dies ist besonders – trotz programmatischer Bekenntnisse – in der LINKEN deutlich zu erkennen. Deshalb müssen wir unbeschadet heftiger Angriffe die Diskussionen unter uns, unter den Linken, verstärken, um die historisch gewonnene pazifistische Überzeugung nicht weiter erodieren zu lassen.

Schließlich bleibt es nicht nur moralisch, sondern auch politisch richtig, Rüstungsexporte grundsätzlich abzulehnen. Jetzt wird erklärt, unsere Freiheit werde – diesmal nicht am Hindukusch – in der Ukraine verteidigt. Eine „wertebasierte Außenpolitik“ soll mit brutalen Mitteln durchgesetzt werden. Wer die Lieferung schwerer Waffen ablehnt, sei „schuld am Tod vieler Menschen“ – und nicht etwa derjenige, der dafür sorgt, dass diese Waffen bereitgestellt und eingesetzt werden und der Krieg eskaliert. Manche Beiträge (besonders in Leserbriefen) erinnern an Prüfungsverfahren für Kriegsdienst-

verweigerer der 60er und 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts.

Die Frage, ob der Krieg in der Ukraine eine „Zeitenwende“ darstellt, sollte angesichts der „Normalität“ von Kriegen (für das Jahr 2021 werden 20 Kriege und weitere 20 begrenzte Kriege gezählt; dazu kommen die unerklärten Kriege, 204 bewaffnete Konflikte, die teilweise als hochgewaltsam eingestuft werden) doch sehr in Frage gestellt werden. Das Völkerrecht wird immer wieder gebrochen. Dagegen stehen wir auf und fordern globale Abrüstung als einzige Möglichkeit, das Kriegsgeschehen einzudämmen.

Wir sind damit konfrontiert, dass die Atomkriegsgefahr noch nie so hoch war wie jetzt. Die „doomsday clock“ (Atomuhr) steht auf 90 Sekunden vor 12 und das ist nur der zugespitzte Ausdruck des täglichen atomaren Wahnsinns. 100 Sekunden waren es vor dem Ukraine-Krieg!

Gegen den möglichen Einsatz von Atomwaffen, die umfassende Modernisierung aller Atomwaffen und die technologische Entwicklung der Atomwaffen zu Gefechtsfeldwaffen (mini nukes) gilt es den generellen UN-Atomwaffenverbotsvertrag durchzusetzen.

Mit den geostrategischen weltweiten Konfrontationen werden wir uns auseinandersetzen müssen. Die Frage der nächsten Monate wird sein, ob es realistisch ist, angesichts von Militär- und Wirtschaftskriegen (und beides geht weit über den Ukrainekonflikt hinaus) über Rüstungskontrolle, atomwaffenfreie Zonen und Abrüstung ernsthaft zu verhandeln.

Die Akteure besonders aus dem globalen Süden, die in Richtung Verhand-

lungen, Rüstungskontrolle und Abrüstung drängen, sind leider politisch noch zu schwach und zu wenig koordiniert. Erste positive Ansätze wie: keine Beteiligung am Wirtschaftskrieg, keine Waffenlieferungen in die Krisengebiete und Entwicklung humanitärer Kooperationen sind noch nicht vergleichbar mit der Rolle der nichtpaktgebundenen Staaten in den 60er/70er Jahren.

All dies zeigt aber Chancen für eine weltpolitische Weichenstellung in Richtung Frieden. Nur bei Überwindung der politischen Konfrontation zwischen NATO und Russland bzw. USA und China sind auch wieder Schritte zur internationalen Kooperation möglich. Deshalb sind Dialog und Vertrauensbildung zentral für unseren Politikansatz.

Der Krieg absorbiert politische, emotionale, intellektuelle und materielle Ressourcen, die für den Kampf gegen Klimawandel, Umwelterstörung und Armut dringend benötigt werden. Die faktische Kriegsbeteiligung Deutschlands spaltet die Gesellschaft und insbesondere all jene, die sich für sozialen Fortschritt und den sozial-ökologischen Umbau einsetzen.

Bei den anstehenden Ostermärschen wird die Bundesregierung aufgefordert, ihren Kriegskurs sofort zu beenden. Von hier müssen diplomatische Initiativen ausgehen. Das will auch die Mehrheit der Bevölkerung. Am Ende muss ein Kompromissfrieden stehen, der den Weg in eine europäische Friedensarchitektur ebnet, die den Sicherheitsinteressen der Ukraine, Russlands und aller am Konflikt Beteiligten Rechnung trägt und eine friedliche Zukunft für unseren Kontinent ermöglicht. Wir brauchen einen Waffenstill-

stand und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges, eingebettet in einen multilateralen Rahmen unter Beteiligung der UNO.

Willi van Ooyen

Autoritäre Empörung: Staatlicher Umgang mit Protest

Proteste gegen den Umgang herrschender Politik mit der Klimakrise kennzeichnen die Jahreswende 2022/2023. Sie führen jedoch kaum zu ernsthaften Diskussionen über den Umgang mit den drohenden Katastrophen, über eine Politik, die es lieber hinnimmt, auf den Abgrund zuzurasen, als endlich die Vertreter der Lobbyinteressen in ihre Schranken zu weisen. Stattdessen werden Aktivist:innen zu Klimaterrorist:innen erklärt, weil sie – manchmal mit drastischen Mitteln – an die Vereinbarungen zur Treibhausgasreduktion erinnern. CDU und CSU fordern ein Sonderstrafrecht für „Straßenblockierer und Museumsrandalierer“. Die polizeilichen Gewerkschaften fordern neue Möglichkeiten des Eingreifens: von Strafverschärfungen (DPolG) bis hin zu polizeilichen Dateien für „Klimakleber“ (GdP).

Autoritäre Empörungen und markige Forderungen als Reaktionen auf vehemente Proteste, die viele Menschen erreichen und den Finger in die Wunden gesellschaftlicher Prozesse legen, sind nicht neu. In der Folge sind Gesetze immer wieder verschärft worden.

Das nordrheinwestfälische Versammlungsgesetz von Dezember 2021 ist ein besonders krasses Beispiel für ei-

ne illiberale Gesetzgebung. Es ermöglicht, friedliches Verhalten von Demonstrierenden zu kriminalisieren; ein Totalverbot von Versammlungen auf Autobahnen wird erstmalig eingeführt. Ein Bündnis hat Verfassungsbeschwerde am Landesverfassungsgericht NRW eingelegt.

In Bayern ermöglicht das Polizeiaufgabengesetz seit 2018 den vorbeugenden Gewahrsam. Ursprünglich war eine Regelung vorgesehen, die eine unbegrenzte Haft ohne Strafverfahren ermöglicht hätte. Nun sind 30 Tage Präventivhaft möglich, die um einen weiteren Monat verlängert werden können. Die gerichtliche Überprüfung der Präventivhaft findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Klagen gegen dieses Gesetz sind beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht, eine Normenkontrollklage liegt beim Bundesverfassungsgericht an.

Diejenigen, die versuchen, sich gegen die immer gewaltvoller aufgerüstete Polizei mit einfachen Mitteln ein wenig zu schützen, sind nicht die, von denen sich irgendwer distanzieren muss. Selbst eine einfache Plastikfolie, die vielleicht ein wenig vor dem Pfefferspray schützt, das von der Polizei oft wahllos eingesetzt wird, wird zur verbotenen „Schutzwaffe“. Distanzieren muss man sich von einer Politik, die diese Polizei mit immer gewaltförmigeren Mitteln, letztlich militärisch aufrüstet und ausbildet, wie es bei den Spezialeinheiten der Bundespolizei der Fall ist. Der hohe Zeitdruck bei der Räumung des Dorfes Lützerath hat nichts mit einem demokratischen Umgang mit Protest zu tun. Das Vorgehen widerspricht dem Auftrag einer auf Demokratie und Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit aus-

gerichteten Polizei. Die vielen Schläge gegen Kopf und Thorax, von denen die Demo-Sanitäter dabei berichten, sind nicht bedauerliche Ausnahmen aufgrund einzelner aggressiver Polizeibeamt:innen, sondern Grundlage dieses Konzeptes, das keine Zeit für demokratischen Protest und Auseinandersetzung lässt. Auch die engagiertesten Beteiligten vom „Team Kommunikation“ der Polizei können an diesem Grundkonzept nichts ändern.

Nachträglich scheint es in den politischen Diskursen um Fragen der Deutungshoheit und der dominanten Narrative zu gehen. Für die Demonstrierenden aber geht es um ihre körperliche und psychische Unversehrtheit. In Bayern wurden Klimaaktivist:innen vorbeugend ins Gefängnis gesteckt. Die Stadt München verbot in einer Allgemeinverfügung für vier Wochen Protestformen, bei denen sich Teilnehmende „fest mit der Fahrbahn oder in anderer Weise fest verbinden“.

Das dem Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1980 zugrunde liegende Verständnis eines Grundrechts, das „als Zeichen der Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewußten Bürgers“ verstanden werden muss, ist im Mainstream herrschender Politik – trotz aller Lippenbekenntnisse – nie angekommen. Die Inanspruchnahme dieses Grundrechts, das auch „zum Zwecke plakativer oder aufsehenerregender Meinungskundgabe in Anspruch genommen“ werden darf, führt häufig zu Konflikten mit dem staatlichen Gewaltmonopol. Eine versammlungsfreundliche Ausgestaltung eines Versammlungsgesetzes muss solange scheitern, bis endlich akzeptiert wird, dass Dissens zur Demokratie gehört

und mit diesem politisch produktiv umgegangen werden muss. Das bedeutet gerade nicht, dass die Bürger:innen darauf verpflichtet werden, den staatlich ausgehandelten Kompromissen zuzustimmen.

Die Einschränkungen aufgrund der Pandemie haben politischen Protest – vor allem linken Protest – sehr behindert, Erfahrungen damit verhindert und möglicherweise den Ruf nach Ruhe und Ordnung verstärkt. Herrschende Politik meint auf ihre gute Absicht verweisen zu können, um solidarisches, eigentlich unterordnendes, Verhalten einfordern zu dürfen. Die Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht waren in der Pandemie wenig hilfreich im Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Die verstörenden Proteste der extremen Rechten haben zur Diffamierung des Grundrechts beigetragen.

Über „Krawalle“ zu Silvester wurde ebenfalls berichtet. Jeder Verletzte ist einer zu viel. Es ist erschreckend. Aber es ist auch Ausdruck eines Problems, das in Frankreich alljährlich noch viel sichtbarer wird. Die Probleme gilt es zu lösen. Das ist jedoch nicht Aufgabe der Polizei, die immer zu spät kommen muss, sondern Aufgabe einer Politik, die stattdessen die soziale Verelendung zulässt. Der schnelle und ungerechtfertigte Fingerzeig auf die ausländische Herkunft der Täter ist Ausdruck herrschender Ausländerfeindlichkeit. „Integriert Euch doch mal selber“ ist die angemessene Reaktion von Robert Misik darauf: „So weiß kannst du gar nicht werden, dass du nicht doch der Fremde bleibst, der bedrohliche Delinquent.“

Elke Steven

Bonn

Silvester 1944/45, irgendwo in den Ardennen. Es regnet Bindfäden. Eine Radiostimme verkündet Durchhalteparolen: „Mögen wir auch das alte Jahr verabschieden, wir verabschieden nicht die Hoffnung auf den Sieg über unsere Feinde und die Freude auf ein baldiges Wiedersehen im neuen Jahr, das in wenigen Sekunden beginnt.“ Noch in die folgenden Glockenschläge hinein hört man englische Wortfetzen. „Die Briten!“ Von der anderen Seite der Front erklingt „Auld Lang Syne“. Das Gesicht eines weinenden jungen Wehrmachtssoldaten ist zu sehen. Zunächst bleibt er zusammengekauert sitzen. Dann steht er auf und rennt. „Tu das nicht!“ Es folgt der Befehl: „Schießen!“ Noch ehe der junge Soldat den Waldrand erreicht, fällt er – getroffen von den Kugeln seiner „Kameraden“ – über den Rand einer Böschung. *Weicher Schnitt in eine andere Welt*: Wieder wird „Auld Lang Syne“ gesungen. Es ist Silvester 1953/54. Schauplatz ist ein bürgerliches Haus in London. Zu den Gästen auf der Party gehören auch Otto John (Sebastian Blomberg), der erste Präsident des Bundesamts für den Verfassungsschutz, und seine jüdische Frau (Inga Busch), die er einige Jahre zuvor im britischen Exil kennengelernt hat: „Sind sie Deutsche? Leben Sie hier?“ fragt Lucie John das Au-Pair-Mädchen Toni (Mercedes Müller). „Ich fahre in sechs Wochen wieder in die Heimat.“ – „Wissen Sie was ein KZ ist? Dann wissen Sie auch, dass es für manche Menschen keine Heimat mehr gibt.“

Die Miniserie „Bonn. Alte Freunde – Neue Feinde“ (R.: Claudia Garde; ab-

rufbar in der ARD-Mediathek) beginnt mit diesen exemplarischen Szenen. Erst später werden wir erfahren, dass Toni Schmidt die Schwester des beim Versuch zu desertieren erschossenen Soldaten ist, und welche Rolle ihr Vater, der Bauunternehmer Gerd Schmidt (Juergen Maurer), bei seinem Tod spielte. Privates und Politisches sind eng verwoben, kaum ein persönlicher Abgrund der nicht auch ein politischer wäre. Die Geschichte der Familie Schmidt ist ein fiktives Kammerspiel: Sie verkörpert die spezifische Mixtur aus Verdrängung, Feigheit, nostalgischer Kontinuität, faschistischem Alltagsbewusstsein und apolitischer Stunde-Null-Mentalität, die das Klima in der frühen Bundesrepublik bestimmte. Und dann gibt es auch hier weitere Ausbruchversuche: gelingend (bei Toni) oder scheiternd (bei ihrer Mutter).

Diese Familiengeschichte ist vielfach verwoben mit dem historischen Sujet der Serie: Toni fängt – auf Vermittlung ihres Vaters – bei der Organisation Gehlen, der Vorläuferin des Bundesnachrichtendienstes an und gewinnt rasch das Vertrauen Reinhard Gehlens (Martin Wuttke). Rasch merkt sie, wie faul es zugeht im Staate BRD. Nicht zuletzt die Geheimmission um eine Stay-Behind-Armee namens „Scipio“¹, in die auch ihr Vater als Waffenschieber verstrickt ist, weckt ihr Misstrauen. Dies macht sie zu einer wertvollen Quelle für den Antifaschisten John, den Gegenspieler Gehlens. Hier greift

¹ In der die Serie begleitenden Dokumentation wird auf die rechtsterroristische Stay-Behind-Armee des Bundes deutscher Jugend (BdJ) verwiesen. Es ist allerdings nicht unwahrscheinlich, dass die Drehbuchautoren auch an die berichtigte geheime NATO-Organisation „Gladio“ gedacht haben.

die Serie realhistorisches Geschehen auf: Nicht immer gelingt das Changieren zwischen verbürgtem – Johns Bemühung, Naziverbrecher aufzuspüren –, begründet vermutetem – etwa Gehlens Rolle bei der Flucht Alois Brunners (André Eisermann) – und fiktionalem Geschehen – etwa um den Agenten Wolfgang Berns (Max Riemelt). Die zum Teil dick aufgetragenen Rückgriffe auf Agentenfilmklischees hätte die Serie nicht nötig gehabt. Auch in der Charakterisierung Tonis wäre mehr realistische Entwicklung der Figur besser gewesen. So bleibt im Dunkeln, was sie selbst als Kind im Faschismus erlebt hat und wie die Naziindoktrination, die sie zumindest im BDM (und ohne Zweifel auch im Elternhaus) erfahren haben muss, so spurlos an ihrer Haltung vorübergegangen sein soll.

Dennoch: Die Serie ist sehenswert! Schonungslos zeigt sie die Naziverstrickungen im politischen, juristischen und geheimdienstlichen Apparat der frühen Bundesrepublik und verschweigt dabei auch nicht die Rolle der Alliierten bei der Ermöglichung solcher Netzwerke. Dass Gehlen gerade *weil* er im Faschismus die Abteilung „Fremde Heere Ost“ leitete, als westlicher Trumpf im Kalten Krieg galt, wird in seltener Klarheit gezeigt. In dieser Hinsicht gehört „Bonn“ – zusammen etwa mit den im letzten Jahrzehnt veröffentlichten Filmen über Fritz Bauers Rolle bei der Ergreifung Eichmanns und über die Auschwitzprozesse² – zu

² Giulio Riccarelli in „Im Labyrinth des Schweigens“ (R.: Giulio Riccarelli, 2014), „Der Staat gegen Fitz Bauer“ (R.: Lars Kraume, 2015), „Die Akte General“ (R.: Stephan Wagner, 2016).

den noch immer raren *kritischen* Gegenwartsbeiträgen über die frühe Bundesrepublik in Kino und Fernsehen.

Ohne zu viel vorwegzunehmen: Die Serie endet mit Johns Fahrt 1954 nach Ostberlin. Bemerkenswert ist, dass dieser „große Skandal“ um John, der erst drei Jahre später aus der DDR in die BRD zurückkehren sollte (wo man ihn schließlich wegen Landesverrats verurteilte) weder als Entführung dargestellt noch kritisiert wird. Dies freilich konnte in der Presse nicht unkommentiert bleiben. So schrieb Matthias Hanne mann in der FAZ: „Umso wichtiger wäre es, dass die erste Staffel von ‚Bonn‘ unabhängig von der Quote um eine zweite, der DDR-Diktatur ebenso schonungslos wie der jungen Bundesrepublik den Puls nehmenden Staffel erweitert wird. Andernfalls würde die Geschichte mit Johns Fahrt nach Osten enden“ (17.01.2023, S. 13). Die Serie endet in der Tat damit. Nichts spricht gegen eine zweite Staffel³. Nötig ist sie jedoch nicht. Es wäre eine andere Geschichte.

David Salomon

³ Auch eine dritte wäre denkbar, in der es um den Prozess gegen John und seinen erfolglosen Kampf um Rehabilitierung gehen könnte. Dabei freilich käme wiederum die BRD schlecht weg.